

Ammer Tageblatt" schreibt gestern, daß zum 30. April, wo für 6 bis 7 Millionen Arbeiter die Tarife ablaufen, eine neue, dem Dezember-Eingriff der Reichsregierung ähnliche Regelung der Tarifverträge zu erwarten ist. Noch hat sich die Empörung über den 10- und 20-prozentigen Lohnrückgang der Dezember-Notverordnung nicht gelegt, und schon droht eine Neuaufgabe, schon sollen von Staats wegen die Löhne abermals gesenkt werden. Schlimmer kann es der italienische Faschist Mussolini auch nicht treiben.

Man braucht Ruhe, um all das ungestört durchführen zu können. Deshalb die Wächter des allgemeinen Versammlungs- und Demonstrationenverbots für Ende März. Die Mobilisierung gegen den neuen Anschlag des Kapitalismus auf die Löhne und Unterhaltungsbedürfnisse der Arbeiter soll von vornherein unterbunden, die Störung dieser neuen Offensive durch den Aufmarsch der roten Front gegen Hindenburg und seine zersplitterte Braun-Seydewitz-Regierung soll vermieden werden. Belagerungszustand her!

Sind das alles nicht faschistische Maßnahmen in Reinkultur? Natürlich! Hindenburg selbst führt die faschistische Diktatur mit Brüning und Seydewitz durch. Und darum, Erwerbsloser, wenn du weiteren Unterhaltungsabbau verhindern willst, darfst du nicht Hindenburg wählen. Darum, Betriebskollektive, wenn dein Lohn dir schon mager genug ist, wenn du hast keinen weiteren Abbau deiner Erhöhung willst, dann darfst du nicht Hindenburg wählen. Darum, ihr Werkstätten alle, wenn ihr den Faschismus schlagen wollt, dürft ihr nicht Hindenburg, nicht sein System, nicht seine Parteien wählen.

Aber es genügt nicht, sie zu meiden und zu ignorieren. Notwendig ist aktiver Kampf. Es soll jeder Erwerbslose wissen: Das Hindenburg-Hitler-System bringt keine Arbeit, sondern nur neues Elend. Jeder Betriebsarbeiter sei sich darüber klar, daß Hindenburg-Hitler die Verewigung der Not für das Proletariat bedeuten. Allen unteren Angestellten und kleineren Beamten und den Mittelständlern muß es bewußt werden, daß Hindenburg-Hitler für die Reichen ein Segen und für die arbeitenden Klassen ein Fluch ist.

Wer diese Feinde unterstügt und mit ihnen gemeinsame Sache macht, steht auf der anderen Seite der Barrikade. Das ist der Grund für unseren erbitterten Kampf gegen die SPD-Führer, dessen Notwendigkeit jeder sozialdemokratische Arbeiter begreifen muß. Zu dem Betrug mit dem „kleineren Uebel“, der den Salenkreuzfaschisten die Bahn bereitet, gesellen die SPD-Führer jetzt den neuen Betrug mit dem Krisenkonzept. Er hat die Aufgabe, die Front gegen den kommenden Lohn- und Gehaltsabbau zu verwirren und zu zerklüften. Der laute Lärm bombastischer Reden soll davon ablenken, daß die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer sich mit den Steuermärdern und Brüning wieder einmal über einen neuen Abbau einig werden.

Durchkreuzt diese schmutzige Spekulation der Leipziger, Grafmann und Wels! Tretet in den Gewerkschaften auf, um die Oppositionsbewegung gegen den Lohnabbau der Ronges viel härter als bisher zu fundieren! Die Delegierten des Frankfurter ADGB-Kongresses, die sich das morgen in zehn Tagen in Berlin versammeln wollen, sind nicht vom Proletariat delegiert, sondern durch den schmutzigen Mißbrauch, den sie mit ihren Machtpositionen treiben. Notwendig ist, daß in Betrieb und Gewerkschaft die Arbeiter selbst unmittelbar zu dem Kongreß Stellung nehmen, daß sie die Vertreter an der proletarischen Sache entlarven und ihre eigenen Delegierten wählen.

Es kommt darauf an, daß die Proletarier Deutschlands selbst ihre Sache führen. Alle anderen sind am Ende ihres Latens. Denn Hindenburg-Hitler schaffen keine Arbeit, Hindenburg-Hitler geben kein Brot. Hindenburg-Hitler wissen keinen Ausweg aus der Krise. Wir aber wissen ihn: der einzige Ausweg für das Proletariat ist das freie sozialistische Vaterland, das nur durch den Kampf des Proletariats erobert wird.

Dieser Ausweg besiegelt das Los des niedergehenden, verfallenden, verderbenden Kapitalismus und seiner Lohnsklaverei. Dieser Ausweg besiegelt das Los des räuberischen Versaillesystems und des Youngplans, der imperialistischen Verfallung des deutschen Volkes. Dieser Ausweg heißt: Sieg der Arbeiterklasse, Eroberung der politischen Macht, Aufbau des Sozialismus!

So ruft das Zentralkomitee der KPD. in seiner Deklaration gegen die Tributsklaverei des deutschen Volkes. Und das sind die Lösungen, für die das arbeitende deutsche Volk marschiert.

Für dieses neue sozialistische Deutschland kämpft die Arbeiterklasse, wenn sie in Betrieb und Stempelstelle sich zusammenschließt, um die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der KPD. durchzusetzen. Es sind solche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die auch im Kapitalismus durchgeführt werden können, die aber von den Kapitalisten niemals freiwillig zugestanden werden, sondern erkämpft sein wollen.

Baut 375 000 Arbeiterwohnungen jährlich! Dann hat wenigstens ein Teil der Bauarbeiters Arbeit. Seht die Höchstleistungszeit auf sieben Stunden täglich bei vollem Lohnausgleich herab! Reduziert die Altersgrenze auf 80 Jahre und erhöht die Invaliditätsgrenze! Millionen junger, rüstiger Arbeiter werden dann Eingang in die Betriebe finden!

Ihr sagt, ihr hättet kein Geld? Wenn mit den Milliardenkubventionen für Banken und Unternehmer Schluß gemacht würde, wenn dieses Geld ebenso wie die Riesensummen für die ehemaligen Fürstentümer, für Reichswehr und die Militarisierung der Polizei verwendet würde, um die obengenannten Arbeitsmöglichkeiten zu finanzieren, dann wäre die Not des werktätigen Volkes zwar nicht beseitigt, aber wenigstens gelindert.

Das sind Forderungen, die jeder Arbeiter als die seinigen erkennen und anerkennen muß. Aber wenn er sie erzwingen will, dann wird er es nur im härtesten Kampf gegen die Hindenburg-Hitler-Front vermögen; denn sie ist gegen ihn. Darum darf er nicht die Hindenburgpolitik der SPD. mitmachen, sondern muß gegen sie mit der KPD. den Sieg des Proletariats organisieren.

24. April Großwahltag

Nachdem der Ständige Ausschuß des Preussischen Landtages als Termin für die Landtagswahlen den 24. April festgesetzt hat, haben auch eine Reihe anderer Staaten als Termin für ihre Landtagswahlen den 24. April bestimmt. An diesem Tag finden nunmehr Landtagswahlen in Bayern, Württemberg und Anhalt statt.

Ein neues Programm, aber keine Arbeit

Reichswirtschaftsrat veröffentlicht ein neues „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ — kämpft für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der KPD. und AGD.

Der Reichswirtschaftsrat veröffentlicht eine Mitteilung, wonach sein Zentralauschuss ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt hat. Dieses Programm ist der Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Das Programm enthält Arbeiten auf dem Gebiete der Reichsbahn, Reichspost, des Strassenwesens, des Hochwasserschutzes, der Landwirtschaft und der Milchwirtschaft, sowie der Hausreparaturen.

Somit, so gut. Aber woher soll das Geld für diese Arbeiten genommen werden? Darauf gibt der Reichswirtschaftsrat folgende verschwommene Antwort:

„Unter voller Würdigung der Bedenken gegen eine solche Finanzierung von Arbeiten, die unter normalen Umständen durch langfristige Anleihen zu ermöglichen wären, ist der Reichswirtschaftsrat der Ansicht, daß die Ueberwindung dieser Bedenken eine Frage der Größenordnung und der richtigen zeitlichen Verteilung der Arbeiten ist... Für den Umfang, in dem die einzelnen Arbeitsgebiete in Angriff zu nehmen, also auch die notwendigen Kredite flüssig zu machen sind, läßt das Programm der verantwortlichen Reichsregierung weitgehenden Spielraum.“

In einfachem Deutsch übersetzt, heißt das: Wir stellen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, die Regierung soll dieses Programm in dem Ausmaß durchführen, wie es die Finanzlage erlaubt. Damit ist der Wert dieses ganzen Programms gekennzeichnet.

Der springende Punkt für jedes Arbeitsbeschaffungsprogramm ist nicht die Aufstellung der Arbeiten, die durchgeführt werden

können, sondern die Aufzählung der Mittel zur Finanzierung dieser Arbeiten. Der Reichswirtschaftsrat ist sich auch darüber im Klaren, warum er diese Mittel nicht zeigt. Es gibt nur zwei Wege zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms: Neudruck von Papiergeld, was sich verhängnisvoll auf die Währung auswirken kann, oder Eingriff in den Beutel der Kapitalisten, der Dividendenkluder, der Großpensionäre. Der Reichswirtschaftsrat will weder das eine noch das andere. Deshalb setzt er ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Welt, ohne zu sagen, wie die Finanzmittel aufgebracht werden sollen. Was ein solches Programm wert ist, kann sich jeder denken.

Die KPD. und die AGD. haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgestellt und den Weg zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt. Die KPD. und AGD. haben konkret gezeigt, von wo das Geld, viele Milliarden Mark, für Arbeitsbeschaffung genommen werden kann. So z. B. fordern die KPD. und AGD. die Erhebung einer Millionärssteuer, die allein etwa 3 Milliarden Mark einbringt.

Die Arbeiterklasse muß den Wert der „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Reichsregierung und der Gewerkschaftsführer begreifen. Alle Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen ohne Unterschied vom Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, müssen für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der KPD. und AGD. kämpfen. Wählt in allen Gewerkschaften und Betrieben Delegierte zum „Krisenkonzept“, die den dort versammelten Bürokraten die Wahrheit ins Gesicht schmeißen.

SA. bis an die Zähne bewaffnet

Infanteriegewehre, Maschinengewehr, 1000 Kubikzentimeter Sprengstoff beschlagnahmt

Aus Hannover wird amtlich mitgeteilt, daß im Kreis Einbeck am Tage vor der Präsidentenwahl ein nationalsozialistischer Waffentransport polizeilich beschlagnahmt worden ist. Der Transport enthielt u. a.: 5 Gewehre, 18 Stahlhelme, 18 neue Tornister mit Lebensmitteln für zwei Tage, 200 Infanteriepatronen, 1000 Kubikzentimeter Sprengstoffmunition.

Der Transport war auf dem Wege zu dem nationalsozialistischen Ortsgruppenführer in Immenden. Weitere Nachforschungen förderten bei Einbecker Nazis mehrere tausend Schutzinfanteriemunition zutage. Die Einbecker SA-Leute hatten von ihrer Führung Anweisung erhalten, sich am Sonntag nach Beilegung an der Wahl außerhalb Einbecks zu sammeln. Sie gaben vor der Polizei an, daß sie „im Fall von Unruhen“ eingesetzt werden sollten.

Eine ähnliche Nachricht kommt aus Bayern. In Rosenheim beschlagnahmte die Polizei im Hause eines Angehörigen der NSDAP. ein leichtes Maschinengewehr, drei Gewehre, Leuchtpistolen und zahlreiche Munition.

Mit den Geldern, die deutsche und ausländische Finanzkapitalisten der Hitlerpartei zushanden, ist die gesamte SA- und SS. vollkommen militärisch ausgerüstet. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Verhaftung des Berliner Schupo-Leutnants Lange, der der Berliner Gauleitung der NSDAP. die Munitionslager der Schupo in die Hände spielte. Die von der Polizei beschlagnahmten Waffen sind augenblicklich der richtigen Bestände für die Nazis von keinerlei Bedeutung.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden jetzt die volle Bedeutung der Zustimmung der SPD-Führer zum Großen Reichswehrvertrag erkennen.

Stahlhelm mit Wels offen für Hindenburg

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, betrachtet der Stahlhelm Hindenburg bereits als gewählt und wird im zweiten Wahlgang auf jeden Fall für Hindenburg stimmen. Hugenberg's Stellungnahme nach dem Scheitern des von ihm gestern mitgeteilten Wahlmandats liegt nicht vor. Von Seiten der Nazis wird behauptet, Hugenberg würde im zweiten Wahlgang für Hindenburg stimmen. Praktisch wäre das natürlich ganz bedeutungslos.

Bolschewistische Selbstkritik

Die Hindenburg-SPD. wird bald ihre Wirkung zu spüren bekommen

Der „Vorwärts“ führt wahre Freudentänze darüber auf, daß die Brüning-Hindenburg-Parteien, unter Verlust von drei Millionen Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen 1930, am vergangenen Sonntag „gesiegt“ haben. Der „Vorwärts“ ist stolz darauf, daß es, wie im August 1914, dem sozialdemokratischen Parteivorstand noch einmal gelungen ist, zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter für den „Geist von 1914“ zu mißbrauchen. Jene sozialdemokratischen Wähler Hindenburgs werden jetzt Tag für Tag am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was die Notverordnungs herrlichkeit Hindenburgs ihnen bescheren wird.

Der „Vorwärts“ ist entzückt darüber, daß wir in dem gestrigen Artikel des Sekretariats unseres Zentralkomitees in offener bolschewistischer Selbstkritik die Fehler und Mängel im ersten Wahlgang überprüft haben. Der „Vorwärts“ hat keinen Grund zur Freude darüber. Die öffentliche Selbstkritik unserer Partei vor der Arbeiterklasse ist unsere Stärke. Nach jeder Aktion, nach jedem Kampfe gehen wir ohne Selbstzufriedenheit daran, die Durchführung unserer richtigen revolutionären Klassenpolitik zu verbessern. Die SPD. und ihre arbeitserzweigliche „Eiserne Front“ werden die ersten sein, die unseren verstärkten Vorstoß in den Betrieben und an den Stempelstellen zu spüren bekommen.

Die Sozialdemokratie hat sich am 13. März im Parteienmischmarsch der kapitalistischen Hindenburgfront verreckt. Das Geschick des „Vorwärts“ ist zu dümm, denn jeder Mensch weiß, daß die notverordnungsstrenge Hindenburg-SPD. eine niedergehende, zukunftslose Partei ist. Die Preußenwahlen am 24. April werden, wenn den Herren Wels und Weitzel das Gedächtnis der mobilisierten Kriegervereine fehlt, wenn wir auf der ganzen Front unseren Stoß gegen den Schwindel vom „kleineren Uebel“ entfesseln werden, offen zeigen, in welcher Richtung die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die SPD. stimmen!

Der Etat des „kleineren Übels“

Trotz Riesenschuldbeträgen Erhöhung für Polizei-ausgaben

Im Preussischen Landtag sprach am Dienstag, 15. März, der Finanzminister zum Etat 1932/33. Das Haushaltsjahr 1930/31 schließt mit einem Fehlbetrag von insgesamt 449 Millionen ab. Trotz dieser ungeheuren Vorbelastung des neuen Etats werden die Ausgaben für die Schutzpolizei noch um weitere 8,2 Millionen erhöht. Durch Abstriche auf kulturellen und sozialen Gebieten wurden „Ersparnisse“ von 376,6 Millionen mit Hilfe von zwei Notverordnungsdekretien erzielt. Den „Sanierungsprozeß“ in den Gemeinden will der Finanzminister der Braun-Seydewitz-Regierung dadurch durchführen, daß er die Lasten für die Erwerbslosenfürsorge restlos „denjenigen auferlegt, die von der Erwerbslosigkeit nicht betroffen sind“, also den Arbeitern, die noch bei ungeheurer gesenkten Löhnen in den Betrieben stehen. Die Rede des preussischen Finanzministers war eine ausgezeichnete Agitation gegen die Politik des „kleineren Übels“.

Ausfuhrüberschuß im Februar weiter gefallen

Im Monat Februar betrug der Ausfuhrüberschuß des deutschen Außenhandels nur noch 86 Millionen Mark gegenüber 105 Millionen im Monat Januar. Die Einfuhr ist im Februar um 16 Millionen Mark gestiegen, da die Rohstoffeinfuhr eine stärkere Zunahme hatte. Die Ausfuhr ging um rund 3 Millionen Mark gegenüber dem Vormonat zurück.

Die härtere Rohstoffeinfuhr nach Deutschland ist Zeichen dafür, daß die Krise sich abgeschwächt hat. Es handelt sich lediglich um Waren, die von der Saison-Industrie (Baubauindustrie) benötigt werden, und die im Februar bereits eingeführt werden, damit sie bei Beginn der Saison sofort zur Hand sind. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist die Zunahme der Rohstoffeinfuhr natürlich außerordentlich stark zurückgeblieben.

AGD.-Arbeiterin schwer verurteilt

Leipzig, 15. März (Eig. Bericht). Die Arbeiterin Charlotte Land, Angestellte der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten, wurde heute vom Reichsgericht wegen angeblich verübter Spionage zu einem Jahr 3 Monate Gefängnis unter Ausschluss der Öffentlichkeit verurteilt. Sie soll 1930 und 1931 Betriebsgeheimnisse von chemischen und Metallfabriken übermitteln bekommen haben, Geheimnisse, die sie sich nach Ansicht des Straf senats „im Interesse einer ausländischen Regierung“ verschafft habe.